



Bundesweiter Koordinierungskreis  
gegen Frauenhandel und Gewalt  
an Frauen im Migrationsprozess e.V.

## **Workshop**

### **„Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten - Ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Situation der Prostituierten und nachhaltigen Bekämpfung des Menschenhandels?“**

**31. März 2008**

#### **Stellungnahme des KOK e.V., Hydra e.V. und Phoenix e.V.**

Wir, der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V., sind ein Zusammenschluss von zurzeit 37 Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen den weltweiten Frauenhandel und für die Wahrung und Verwirklichung der Rechte von Migrantinnen einsetzen. Mitgliedsorganisationen des KOK sind Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel, Fachberatungsstellen für Prostituierte und Fachberatungsstellen für Migrantinnen sowie Frauenrechtsorganisationen.

Hydra e.V. in Berlin und Phoenix e.V. in Hannover beispielsweise, sind zwei Projekte für Prostituierte, die sich neben der vielfältigen Beratungstätigkeit für den Abbau gesellschaftlicher Diskriminierung von SexarbeiterInnen einsetzen. Zudem arbeiten beide Organisationen in verschiedenen kommunalen, landes- und bundesweiten Gremien an der Umsetzung des Prostitutionsgesetzes mit.

Der KOK setzt sich für einen würdevollen Umgang mit und für eine bedarfsgerechte Unterstützung und Betreuung von Betroffenen von Menschenhandel und gegen die rassistische und sexistische Diskriminierung von Migrantinnen ein. Außerdem sprechen wir uns für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Prostituierten aus. Dabei fordern wir im Hinblick auf den Umgang mit dem Prostitutionsgesetz, dass dieses Bundesgesetz im Interesse der Frauen, die in der Prostitution arbeiten, umgesetzt wird. Es wird beobachtet, dass die uneinheitliche Anwendung des Prostitutionsgesetzes sowie der Mangel an dessen Implementierung in anderen Gesetzen zu großen Unsicherheiten auf Seiten der Prostituierten und beteiligter Behörden geführt hat und als Folge viele der vom Gesetz angestrebten Verbesserungen nicht eingetreten sind.

Im Hinblick auf die Überlegungen zu einer Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten stehen für uns die Interessen und Bedürfnisse der freiwillig in der Prostitution tätigen Frauen im Mittelpunkt. Oberste Priorität ist es, gute Regelungen zu schaffen, die nachhaltig und effektiv die Situation von Prostituierten verbessern, deren Rechtsposition stärken und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

Der KOK hat sich zusammen mit seinen Mitgliedern intensiv mit dem Prostitutionsgesetz, dem Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG) und den Stellungnahmen von verschiedenen Expertinnen und Experten befasst. Dabei sind wir zu den folgenden Ergebnissen gekommen:

## 1. Grundsätzliche Erwägungen

Grundsätzlich wird die weitere Diskussion, wie die Zielsetzung des ProstG weiter verwirklicht und dieses Gesetz implementiert werden kann, begrüßt. Wir sehen darin eine Möglichkeit, positive gesellschaftliche Prozesse anzustoßen und die Rechtspositionen von Prostituierten zu stärken. Dabei sollte nicht der Wunsch nach Reglementierung der Prostitution im Vordergrund stehen, sondern die Frage, welche Auflagen von Prostituierten und BordellbetreiberInnen in sinnvoller Weise für die Einhaltung von guten Arbeitsbedingungen erfüllt werden sollten. Dafür ist die Frage nach dem Empowerment der Frauen, die in dem Bereich Prostitution arbeiten, essentiell.

Die dadurch geschaffene Transparenz kann dazu führen, dass Freiräume für Prostituierte geschaffen und sie in ihren Rechten und Rechtspositionen gestärkt werden.

## 2. Beteiligung von NGOs und Prostituierten

Alle weiteren Überlegungen zu der weiteren Implementierung des Prostitutionsgesetzes und zu einer möglichen Regelung von Prostitution und Prostitutionsstätten können nur mit der Beteiligung von Prostituierten und NGOs im Entscheidungsprozess diskutiert werden (partizipativer Ansatz). Diese sind es, die das Sprachrohr für die Belange und Forderungen der Prostituierten sind. Ihnen sind die Feinheiten des Milieus sowie die verschiedenen Formen der Prostitutionsausübung bekannt. Nur mit ihrer Mitwirkung kann es gelingen, einen auf die Praxis abgestimmten Regelungsrahmen zu entwickeln. Die Beteiligung von NGOs und Prostituierten gewährleistet, dass die spezifische Arbeitssituation der Frauen und die verschiedenen Formen der Prostitution Beachtung findet.

## 3. Einführung der Möglichkeit einer freiwilligen Anmeldung von Prostituierten gemäß § 14 GewO

Die Möglichkeit der gewerblichen Anmeldung nach § 14 GewO wird von vielen Gewerbeämtern zurzeit nicht ermöglicht. Von einigen Gewerbeämtern wird bei der Ablehnung einer Anmeldung auf die Sittenwidrigkeit und / oder die soziale Unwertigkeit von Prostitution hingewiesen. Ein solcher Einwand ist nach Einführung des ProstG jedoch nicht nachvollziehbar und widerspricht dem Willen des Bundesgesetzgebers.

Allerdings besteht keine Notwendigkeit, in der Prostitution tätige Frauen zu einer Anmeldung nach § 14 GewO zu verpflichten. Die damit einhergehende Datenerfassung und Übermittlung an weitere Behörden sowie die Erfassung des / der BetriebsinhaberIn und der angemeldeten Tätigkeit entspricht nicht dem Wunsch von vielen Prostituierten nach Anonymität. Viele befürchten zudem eine Diskriminierung und / oder gesellschaftliche Stigmatisierung, wenn sie offen legen, als Prostituierte tätig zu sein.

Es sollte daher den Prostituierten eine Wahlmöglichkeit eingeräumt werden, ob sie eine gewerbliche Anmeldung wünschen oder nicht. In jedem Fall ist eine gesetzliche Klarstellung notwendig, die besagt, dass es sich bei Prostitution nunmehr gerade nicht mehr um eine unerlaubte und sittenwidrige Tätigkeit handelt.

#### 4. Arbeitsverhältnisse von Prostituierten

Die Arbeitsverhältnisse von Prostituierten unterscheiden sich. Einige arbeiten als Selbstständige andere wiederum als Arbeitnehmerinnen. Die Anzahl der selbstständig Beschäftigten überwiegt jedoch.

Beide Formen beinhalten sowohl Vor- und Nachteile. Viele Prostituierte schätzen die Flexibilität und Unabhängigkeit als Selbstständige. Die freie Wahl der Arbeitszeiten und -orte, sowie die uneingeschränkte Bewahrung ihrer sexuellen Autonomie haben für diese Frauen höchste Prioritäten. Hinzu kommt, dass viele der Tätigkeit als Prostituierte nicht langfristig nachgehen möchten und diese als vorübergehend betrachten.

Auf der anderen Seite schätzen einige Prostituierte durchaus die soziale Absicherung als Arbeitnehmerinnen. Diese Frauen fühlen sich durch das eingeschränkte Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht in ihrer sexuellen Autonomie beschränkt.

#### 5. Einführung einer Erlaubnispflicht für Bordelle

Die Einführung einer Erlaubnispflicht für BordellbetreiberInnen in die Gewerbeordnung wird grundsätzlich begrüßt. Darin wird eine gute Möglichkeit gesehen, die Rahmenbedingungen für die Ausübung der Prostitution konkret zu verbessern. Der / die BordellbetreiberInnen muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die zum einen dem Verbraucher (Freier) aber insbesondere auch den Prostituierten, unabhängig von dem Rechtsverhältnis, welches sie zu dem / der BordellbetreiberIn haben, zugute kommt. Die Überlegungen zu der mit einer Erlaubnispflicht einhergehenden Einführung einer Zuverlässigkeitsprüfung werden ausdrücklich begrüßt. Die Erfahrungen des Dortmunder Modells haben gezeigt, dass die Verpflichtung zur gewerblichen Anmeldung von Bordellbetrieben positive Effekte auf die Regulierung von Prostitution haben kann.

Wir fordern, dass Grundlage der Überlegungen zu der Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten sein muss. Im Zuge der Einführung einer Erlaubnispflicht müssen daher gute Standards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten geschaffen werden. Allein die Einführung einer Erlaubnispflicht ohne die Implementierung von Standards in andere Gesetze, z.B. in das Gewerbe- Bau-, Steuer- und Zivilrecht sowie die Schaffung von Hygienestandards, wird nicht zu verbesserten Rahmenbedingungen für die Prostituierten führen. Möglichkeiten, den Bordellbetreibern nach dem jeweiligen Prostitutionsort in diesem Sinne Auflagen nach dem Bauordnungsrecht oder anderen gesetzlichen Grundlagen zu erteilen, sollten im Einzelnen sorgfältig geprüft werden. Die Voraussetzung für das Erteilen solcher Auflagen müsste natürlich eine Kategorisierung der einzelnen Arbeitsstätten sein

#### 6. Kontrollbefugnisse

Bei der Einführung einer Erlaubnispflicht oder anderen Mitteln zur Regelung von Prostitution sollte nicht die Ausdehnung von polizeilichen Kontrollbefugnissen und / oder eine Zunahme von Kontrollen durch die Polizei im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die Frage, wie gute Arbeitsbedingungen konkret geschaffen und gewährleistet werden können. Im Falle von Kontrollen sollten diese nicht primär durch die Polizei sondern vor allem durch Gesundheits-, Gewerbe-, Ordnungs- und Bauämter erfolgen. Dabei sollten die beteiligten Behörden miteinander kooperieren, Kontrollen untereinander koordinieren und das dabei gewonnene Wissen austauschen.

7. Implementierung von Prostitution in das Zuwanderungsgesetz und seine Rechtsverordnungen

Bei der Festlegung von Voraussetzungen, die eine Prostituierte erfüllen muss, damit sie ihrer Tätigkeit nachgehen kann, ist zu berücksichtigen, dass viele Frauen, die in Deutschland der Prostitution nachgehen, Migrantinnen sind. Es wird befürchtet, dass bei der Einführung von weiteren Regelungen illegal in der Prostitution beschäftigte Frauen keinen Zugang zu Hilfsangeboten erhalten und sich ihre Situation verschlechtert. Für diese Frauen sollten gangbare Möglichkeiten geschaffen werden, damit sie die Voraussetzungen für ihre Erwerbstätigkeit erfüllen können und nicht ausgegrenzt werden. Insbesondere muss überlegt werden, inwieweit Migrantinnen innerhalb der bestehenden Gesetzeslage eine Arbeitserlaubnis, bzw. ein Visum, erhalten können.

8. Beratungsangebote und Ausstiegshilfen

Wir geben zu Bedenken, dass ein gutes und flächendeckendes Beratungsangebot für Prostituierte essentiell für die Verbesserung der Situation von Prostituierten ist. Diese Angebote müssen nachhaltig gefördert werden. Zusätzlich müssen für umstiegswillige Prostituierte entsprechende Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten angeboten werden.